

Linke schlägt neue Beauftragte vor

Kabinettsoll Personalien am 30. Juni absegnen

VON ELMAR OTTO

ERFURT. Es muss nicht immer alles schief laufen, wenn es um die Neubesetzung von lukrativen Stellen im Thüringer Landesdienst geht. Während Michael Panse (CDU) und Petra Heß (SPD) mit der rot-rot-grünen Regierung noch im juristischen Clinch liegen, weil der eine als Generationenbeauftragter, die andere als Ausländerbeauftragte gerne weiter gearbeitet hätte, dürfte es bei zwei anderen Positionen weit geordneter ablaufen.

Die Linke Katrin Christ-Eisenwinder soll die Nachfolgerin der Christdemokratin Johanna Arenhövel als Gleichstellungsbeauftragte antreten und der parteilose Joachim Leibiger dem Behindertenbeauftragten Paul Brockhausen (CDU) nachfolgen. Dass das Ganze ohne rechtliche Auseinandersetzungen über die Bühne gehen dürfte, liegt wohl auch daran, dass beide Amtsinhaber im März 65 geworden sind und bereits seit 2004 ihren Job machen.

Hinzukommt, dass sich die Linke das Vorschlagsrecht für beide Personalien gesichert hatte. Und der geschäftsführende Landesvorstand nun eine entsprechende Entscheidung fällt. Und zwar im Einvernehmen mit Sozialministerin Heike Werner (Linke), deren Ressort die Stellen angegliedert sind, sowie Ministerpräsident Bodo Ramelow

(Linke). Deshalb dürfte am 30. Juni, wenn das Kabinettsoll die Neubesetzung offiziell absegnen soll, kaum noch etwas schief gehen. Für die derzeit mit B3 (etwa 7300 Euro monatlich) besetzten Stellen ist kein Landtagsbeschluss nötig. Am 1. August haben beide ihren ersten Arbeitstag.

Christ-Eisenwinder (48), die bereits Linke-Landesgeschäftsführerin war, hat auch als Referentin des Weimarer Oberbürgermeisters Stefan Wolf (SPD) gearbeitet. Ihre umfassende Verwaltungserfahrung und der Abschluss als Diplom-Verwaltungsbetriebswirtin an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Erfurt seien gute fachliche Voraussetzungen für eine Tätigkeit in der Landesverwaltung, so Linke-Partei- und Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow zur TLZ.

Leibiger (61) ist Betriebswirt, hat in der Wirtschaftsförderung gearbeitet und ist derzeit Geschäftsleiter des Zweckverbandes Wirtschaftsförderung der Region des nördlichen Weimarer Landes. Mit Leibiger, der dem Blinden- und Sehbehindertenverband vorsteht, schlage man einen parteipolitisch unabhängigen, selbst von Behinderten betroffenen Menschen vor, so Hennig-Wellsow. Beide seien „zwei fachlich äußerst kompetente Menschen, die ihre jeweiligen Themenfelder weiterentwickeln werden“.



Soll Behindertenbeauftragter werden: Joachim Leibiger.



Gleichstellungsbeauftragte in spe: Katrin Christ-Eisenwinder.



Über die Finanzierung der Thüringer Bildungslandschaft diskutierten beim gestrigen Fachforum im Rahmen des 6. Sozialkongresses der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein Gastgeber Klaus Scholtissek (von links am Tisch im Uhrzeigersinn), TLZ Chefredakteur Bernd Hilder (li.), Rechtsanwalt Ingo Krampen, Astrid Rothe-Beinlich (Mdl/Grüne), Frank Persike (Bürgermeister Bad Lobenstein), Marco Eberl (Ev. Schulstiftung Mitteldeutschland), Elternvertreterin Yvonne Neubeck-Aslan, Rolf Busch (Thür. Lehrerverband) Torsten Wolf (Mdl, Die Linke), Marion Rosin (Mdl/SPD), Winfried Weinrich (kath. Büro Erfurt), Heike Wenk (Thür. Bildungsministerium), Mike Mohring (Mdl, CDU). Foto: P. Michaelis

Koalition einig über 1,9 Prozent

Landespolitiker, Schul- und Elternvertreter diskutieren bei Fachforum bessere Finanzierung für Schulen freier Trägerschaft

VON JAN SCHUMANN

BAD BLANKENBURG. Aufbruch zu neuen Ufern? Wohin steuert die Gesetzgebung zu Schulen in freier Trägerschaft? Antworten auf diese Frage diskutierte eine illustre Expertenrunde beim gestrigen Fachforum im Rahmen des sechsten Diakonie-Sozialkongresses in Bad Blankenburg. Verlässlichkeit und Planungssicherheit hießen die wiederkehrenden Schlagworte, mit denen Gastgeber Klaus Scholtissek (Diakonie) einleitete. Scholtissek sprach von einem spürbaren Elternwillen, den es endlich politisch umzusetzen gelte. Dass die freien Schulen einen starken Zulauf verzeichnen, eine Bereicherung für die Thüringer Bildungslandschaft sind und weniger schwerfällig am Bildungs-

markt agieren, blieb unumstritten. Die „Stimme der Muttis“ erhob Elternvertreterin Yvonne Neubeck-Aslan: „Gerede in Sachen Inklusion und Integration von Flüchtlingen können wir freie Träger viel stärker einbinden.“ Auch Rolf Busch, Vorsitzender des Thüringer Lehrerverbandes ist angetan von der Mentalität freier Schulen: „Das Personal hält stark zusammen. Bevor ein Kollege entlassen wird, akzeptieren die Kollegen oft weniger Gehalt.“

Beifall von den etwa 50 Zuhörern ertete auch Winfried Weinrich vom Katholischen Büro Erfurt mit der Forderung, dass endlich die Kosten pro „staatlichem Schüler“ erhoben werden müssen. Deutlich auseinander gingen die Meinungen beim Thema Finanzierung. Von

einem Koalitionskrach oder Stunk wollten die Vertreter der rot-rot-grünen Landesregierung jedoch nichts mehr wissen. „Die 1,9 Prozent wurden akzeptiert. Offen ist aber, wann es losgeht. Wir sind auf dem finalen Zentimeter der Gesetzfindung“, sagte Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen). „Das ist aber ein sehr langer letzter Zentimeter“, hakte Mike Mohring ein und bemängelte, dass es bis zum Beginn des neuen Schuljahres kein neues Gesetz geben werde.

TLZ-Chefredakteur Bernd Hilder, der die 13-köpfige Diskussion moderierte, stellte die These in den Raum, ob ein Bundesland nicht gänzlich auf freie Schulen setzen könne, wenn dieser Weg doch günstiger und flexibler sei? „Eine Horrorvorstellung, denn dann dauert es

nicht lange, bis Schulen nur noch von Konzernen wie Facebook oder Apple regiert werden“, sagte Rechtsanwalt Ingo Krampen, der vor einem Jahr die Unrechtmäßigkeit der Finanzierung für freie Schulen erstritten hatte. „Hauptfehler der Thüringer Bildungspolitik ist, dass die Schulen freier Trägerschaft nicht auf Augenhöhe, sondern nur als Ersatz zu den staatlichen betrachtet werden.“ Dieses Ungleichgewicht müsse man schnell ausgleichen und dafür den Schüler-Kopf-Satz genauer berechnen.

Kirchenrat Marco Eberl, Vorstandsvorsitzender der Evangelischen Schulstiftung in Mitteldeutschland warnte: „Die Situation der Schulen ist sehr kritisch. Die Personalkosten steigen um fast drei Prozent. Wir

haben 20 Prozent Zulauf, 26660 Schüler in 157 Schulen mit freier Trägerschaft in Thüringen, während auf staatlicher Ebene Null-Wachstum herrscht. Hierzulande pflege man einen Staatsblick. Da haben unsere Nachbarländer einen deutlichen Vorsprung, obwohl auch bei uns erhebliche Einspareffekte für die Kommunen möglich sind“, sagte Eberl und verwies auf den im Grundgesetz festgeschriebenen Pluralismus. „Zu uns kommen viele junge Lehrer, die tolle Ideen und Lust auf neues Konzept haben und aus ihren alten Strukturen ausbrechen wollen.“

Rothe-Beinlich pflichtete ihm bei: „Unsere Kinder sind sehr unterschiedlich, deshalb brauchen wir auch unterschiedliche Schulen.“

Rot-rot-grüner Streit um den Stichtag

Finanzierung freier Schulen: Grüne fordern, dass spätestens ab 1. Januar 2017 die 1,9-prozentige Steigerung einsetzen muss

VON ELMAR OTTO

ERFURT. Sogar das Wort „Regierungskrise“ machte zwischenzeitlich die Runde. Auch wenn jeder, der in der rot-rot-grünen Koalition etwas zu sagen hat, diese Einschätzung gestern kategorisch zurückwies. Immerhin gehe es „nur“ um die Finanzierung der freien Schulen. Und dass es zuletzt am sehr frühen Dienstagmorgen in der Staatskanzlei laut wurde und Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) außer sich war, sei doch kein Maßstab, hieß es.

Gleichwohl haben sich Linke, SPD und Grüne nach diversen Spitzentreffen immer noch nicht auf ein Gesetz einigen können. Und an wem es liegt, dass bislang kein Kompromiss zustande gekommen ist, steht für die beiden größeren Bündnispartner fest: Die Grünen seien maßlos, wird berichtet.

Offiziell gehen solche Boshafigkeiten natürlich niemandem über die Lippen. Dafür sind Hintergründen da, in denen jeder so richtig sagen kann, was er vom anderen hält – in dessen Abwesenheit, versteht sich. Ansonsten haben die Koalitionspartner auch gestern wieder eifrig telefoniert, gemailt und gesimt. Denn so viel steht fest: Bevor der Haushalt 2015 beschlossen ist, sollte auch bei den nicht staatlichen Schulen sichergestellt sein, wie viel Geld sie kriegen.

Die Grünen sehen sich derzeit zu Unrecht von Linke und SPD an den Pranger gestellt. Immerhin hätten sie auf die so genannte Bewährte-Träger-Regelung verzichtet. Sie sollte dafür sorgen, dass Träger, deren Arbeit als gut befunden wurde, keine drei Jahre warten müssen, wenn sie neue Schulen gründen wollen. Aber dieses vermeintli-

che Zeichen des guten Willens war für Linke und Sozialdemokraten nicht ausreichend. Sie hatten – neben den bekannten zwölf Millionen Euro mehr in diesem Jahr – eine Steigerung von 1,9 Prozent ab dem 1. August 2017 offeriert. Legt man die zurzeit weiterhin gültigen 0,25 Prozent zugrunde, für die es



Freie Schulen haben hohes Innovationspotenzial: Dirk Adams (Grüne). Foto: Michael Reichel

einen Beschluss des Koalitionsausschusses gibt, scheint die damit verbundene Steigerung um das beinahe Achtfache nicht gerade schlecht. Denn damit würden etwa 182 Millionen Euro an die freien Schulen fließen, nach dem aktuellen Modell sind es 133 Millionen Euro.

Doch das war aus grüner Sicht ein eher unmoralisches Angebot. Zum einen weil die zwölf Millionen auf sieben Millionen Euro zusammenschumpfen, da durch die steigenden Schülerzahlen ohnehin fünf Millionen Euro geflossen wären. Zum anderen weil die Grünen vorrechnen, dass mit dem Stichtag 1. August 2017 die freien Schulen am Ende schlechter gestellt seien als mit dem alten Gesetz. Und das sei ja bekanntlich vom Verfassungsgericht kassiert und der Landtag zu einer Neufassung verdonnert worden.

Dass die Richter eine Änderung bis März dieses Jahres gefordert hatten, spielt längst nur noch am Rande eine Rolle. So etwas soll durch rückwirkendes Inkrafttreten eingepflegt werden. Aber auch dafür müsste sich R2G zumindest erst einmal auf ein Paragrafenwerk einigen.

Linke-Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow hatte bereits am Dienstag gesagt, die Grünen hätten „den Bogen überspannt“. Ihr SPD-Kollege Matthias Hey sagte der TLZ gestern: „Es liegt ein sehr gutes Angebot vor. Und wir hoffen, dass die Grünen es annehmen.“ Deren Fraktionschef Dirk Adams scheint sich damit jedoch wenig anfreunden zu können. Er betont: Der 1. Januar 2017, als Stichtag für die einsetzende 1,9-prozentige Steigerung, sei „ein gangbarer Weg“.

Heute wollen sich die Fraktionschef erneut treffen.

CDU möchte vier neue Gedenktage

Für Mohring ein „konsensfähiges Angebot“

ERFURT. (dpa) In der Diskussion über einen zusätzlichen Gedenktag in Thüringen schlägt die CDU-Fraktion im Landtag eine Ausweitung auf vier solcher Tage vor. Neben dem von Rot-Rot-Grün vorgesehenen 8. Mai soll der 18. März als „Tag der parlamentarischen Demokratie“, der 17. Juni als Gedenktag für die Opfer der SED-Diktatur und der 25. Oktober als Tag der Thüringer Verfassung eingeführt werden. Ein entsprechender Änderungsantrag solle nun eingebracht werden. An diesem Donnerstag berät der Innenausschuss des Landtags über die Änderungen im Feiertagsgesetz. Die Landesregierung will mit dem Gedenktag am 8. Mai an die

bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 erinnern. Damit würde erstmals überhaupt ein politischer Gedenktag in das Feiertagsgesetz aufgenommen, so die Union. Bislang seien darin ausschließlich gesetzliche, überwiegend aber kirchliche Feiertage verankert. „Mit unserem Erweiterungsvorschlag heilen wir einen wesentlichen Mangel, den wir in diesem isolierten Vorschlag sehen“, sagte Fraktionschef Mike Mohring.

Die Christdemokraten hatten den Vorschlag von Rot-Rot-Grün abgelehnt. Nach den Worten Mohrings hat die CDU mit ihrem Paket „ein konsensfähiges Angebot“ vorgelegt.

Zschäpe will Anwältin entbinden

MÜNCHEN/JENA. (dpa) Die Vertrauenskrise zwischen Beate Zschäpe und ihren Anwälten schwelt schon länger. Jetzt will die mutmaßliche NSU-Terroristin die Trennung von Anwältin Anja Sturm. Gegen die beiden anderen Verteidiger Wolfgang Heer und Wolfgang Stahl richte sie ihr Antrag nicht, sagte der Vorsitzende Richter Manfred Götzl. Anwalt Heer beantragte daraufhin, das Verfahren zu unterbrechen und die Verhandlung am Mittwoch nicht fortzusetzen. „Aufgrund der prozessualen Situation“ sei es nötig, sich eingehend mit Zschäpe zu beraten. Zschäpe hatte schon zu Verhandlungsbeginn Blickkontakt zu ihren Anwälten vermieden und anders als sonst nicht mit ihnen gesprochen.

Hängepartie für Schulhorte befürchtet

Landkreistag: Thüringer Kommunen zahlen bei Erfüllung von Landesaufgaben drauf

VON SIMONE ROTHE

WEIMAR. Der erbitterte Streit ums Geld zwischen Land und Kommunen hat in Thüringen Tradition. Nun machen die Landräte eine neue Rechnung auf.

Denn Thüringens Kommunen zahlen nach Angaben des Landkreistages bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben für das Land drauf. Sie bekämen 71 Euro pro Einwohner und Jahr vom Land beispielsweise für die Arbeit der staatlichen Umweltämter oder die Bauaufsicht. Die realen Kosten lägen jedoch bei etwa 85 Euro pro Einwohner, sagte die Präsidentin des Landkreistages, Martina Schweinsburg, nach einer Verbandstagung in Weimar. „Wir verlangen volle Kostenübernahme. Wer die Musik bestellt, soll

sie auch bezahlen“, betonte die CDU-Politikerin.

Insgesamt würden von den Kreisen etwa 80 verschiedene Aufgaben im Auftrag des Landes erledigt. Das binde 25 bis 30 Prozent des Personals in den Kreisverwaltungen.

Die Landräte der 17 Kreise beschwerten ihre Forderung, dass sich die Zahlungen des Landes an die Gemeinden, Städte und Kreise im nächsten Doppelhaushalt für 2016/2017 auf mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr belaufen müssten. In diesem Jahr seien es einschließlich des Hilfsprogramms von etwa 100 Millionen Euro erst 1,98 Milliarden Euro.

Zudem verlangten die Landräte, dass das Land Sonderzahlungen des Bundes für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen komplett an die

Kommunen überweist. Dabei gehe es um 13 Millionen Euro in diesem Jahr, sagte Schweinsburg. In Sachsen-Anhalt gebe es dazu bereits einen Landtagsbeschluss. Für Defizite, die die Kreise 2014 bei der Flüchtlingsbetreuung gemacht hätten, würden dem Land Rechnungen geschickt, kündigte die Landrätin des Kreises Greiz an. Sie sieht spätestens im kommenden Jahr regional große Probleme bei der dezentralen Unterbringung weiterer Flüchtlinge.

Die rot-rot-grüne Landesregierung will das von ihren Vorgängern beschlossene Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen reformieren. In einem ersten Schritt hatte sie den Kommunen einen Betrag von jährlich 1,9 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. „Das pauschalierte Sys-

tem funktioniert nicht“, sagte der Landrat des Eichsfeld-Kreises, Werner Henning. Nötig sei eine Neujustierung, die tatsächlich bedarfsgerechte Zahlungen an die Kommunen ermögliche. „Die jährlichen Hilfspakete beweisen, dass viele Kommunen in ganz schwierigem Fahrwasser sind“, sagte Hennig.

Auf der Landrätekongferenz in Weimar forderten die Kommunalpolitiker außerdem eine schnelle Entscheidung der Landesregierung zur Zukunft der Schulhorte. Der seit 2008 laufende Test, die Horte in Regie der Kommunen zu führen, dürfe nicht ein drittes Mal verlängert werden. Die Kommunen könnten sich vorstellen, die Zuständigkeit für die Schulhorte dauerhaft zu übernehmen – allerdings auch da nur bei voller Kostenübernahme durch das Land.

Neuer Verband für Burschenschaften

Jenaer Gruppen gehören zu Initiatoren

JENA. (epd) Jenaer Burschenschaften wollen noch in diesem Jahr einen neuen Dachverband gründen. Die Neugründung im 200. Jubiläumjahr sei eine Reaktion auf den seit Jahren spürbaren Rechtsruck im derzeitigen Dachverband Deutsche Burschenschaft, erklärte der Ehrenvorsitzende der Arminia auf dem Burgkeller, Aloyse Gombault. Initiatoren sind neben der Arminia ferner die Teutonia und die Germania.

Sie hatten vor acht Jahren den Verband Deutsche Burschenschaft im Streit verlassen. Mit der Neugründung sollen den Angaben zufolge die konservativen Burschenschaften liberaler ausgerichtet und zukunftsfähig gestaltet werden. Die Burschen-

schaften müssten auch zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik klare Positionen beziehen, sagte Gombault im MDR. Die Jenaer sind bereits mit bundesweit etwa 30 ebenfalls ausgetretenen Burschenschaften im Gespräch. Im Oktober soll es ein Vorbereitungstreffen in Jena geben.

Die Deutsche Burschenschaft ist einer der zahlreichen Dachverbände von studentischen Verbindungen. Sie gehen zurück auf die am 12. Juni 1815 in Jena gegründete Urburschenschaft. Anlass für den Austritt der drei Jenaer Burschenschaften war die Weigerung des Dachverbandes, der Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 zu gedenken.